

# Der Neutrale, der Krieg und der Frieden

## Österreich und der Angriffskrieg gegen die Ukraine

Überlegungen zum Status der „Neutralität“ Österreichs angesichts des Kriegs in der Ukraine von **THOMAS ROITHNER**, Friedensforscher, Mitarbeiter im Internationalen Versöhnungsbund und Privatdozent für Politikwissenschaft an der Universität Wien.

Die immerwährende Neutralität steht für „die Verpflichtung eines Staates, sich an keinem Krieg im Sinne des Völkerrechts – wo, wann und zwischen wem immer er stattfinden mag – zu beteiligen“, so der Linzer Völkerrechtler Manfred Rotter. Gemäß dem Neutralitätsgesetz vom 26.10.1955 wird Österreich „in aller Zukunft keinen militärischen Bündnissen beitreten und die Errichtung militärischer Stützpunkte fremder Staaten auf seinem Gebiete nicht zulassen“. Der dauernd Neutrale leistet weder direkt noch indirekt Militärunterstützung an Konfliktparteien – Keine Waffen und keine Soldaten und Soldatinnen. Rotter traf die politische DNA in Österreich, wenn er die Neutralität als „Status der generellen Kriegsverweigerung“ zusammenfasst. Manchen ein Dorn im Auge. Österreich ist militärisch neutral, aber niemand kann politisches oder wirtschaftliches Stellung-Beziehen verbieten. So ist Österreich auf der Seite der Ukraine und des Völkerrechts. Der dauernd Neutrale ist bereits in Friedenszeiten gefordert, sodass er im Kriegsfall auch seine Neutralität bewahren kann. Auch eine Frage der Glaubwürdigkeit. Wo die Grenzen dieser Vorwirkungen liegen und wieviel bzw. welche Positionierung möglich ist, ist sowohl politisch wie auch rechtlich strittig.

### Grauzonen

Jetzt erlaubt die Position Österreichs mit einem Nein zu direkten Waffenexporten ins Kriegsgebiet und dem Ja zu russischen Diplomatenvisa im Zuge der



Thomas Roithner: „Der Weg vom Verhandlungsort und Gastgeber zum Brückenbauer und Vermittler ist fordernd. Dafür fehlen auch die Voraussetzungen, u.a. verstärkte Expertise im Außenministerium und eine zu intensivierende Zusammenarbeit mit Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Dazu braucht Österreich eher eine Friedensstrategie als eine Sicherheitsstrategie.“ (Foto: OSZE-Tagung in der Wiener Hofburg) FOTO: ROITHNER

Parlamentarischen Versammlung der OSZE in Wien theoretisch zwei Lesarten. Die eine setzt trotz der Lage auf Dialog, kooperative Organisationen und Sicherheit mit einem Nachbarn, dessen geografische Lage nicht zu ändern ist. Die andere sieht unsolidarisches Wegducken, das insgeheim Schielen auf wirtschaftliche Vorteile und die augenzwinkernde Sympathie mit Autoritärem.

Das Dazwischen wird auch weniger heiß gegessen als gekocht, verursacht aber nicht weniger Bauchweh: Österreich hat sich – wie Irland und Malta – im Zuge der Waffenlieferungen über die EU-„Peace Facility“ konstruktiv der Stimme enthalten. Österreichs Motiv:

der gemeinsamen EU-Position zum Waffenliefern wegen der Neutralität nicht im Weg zu stehen. Im EU-Gesamtpaket zahlt Österreich nur für Neutralitätskompatibles. Entscheidungen seit Februar 2022 sind mehr vom politischen Willen und dem Blick auf die öffentliche Meinung als von einem inhaltlichen Kriterienkatalog geprägt. So wurde die Ausbildung ukrainischer Panzerfahrer:innen in Österreich und die Entminung der Ukraine auf dem Weg der OSZE und einer darauf spezialisierten Einrichtung nicht unterstützt. Die im Lichte des Krieges gegen die Ukraine getätigte Absicht, sich am European Sky Shield zu beteiligen, stieß in der Bevölkerung auf geteilte Ansicht. Eine Frage der Glaub-

würdigkeit der Neutralität bildet ab, ob sich Österreich im schweren Krisenfall und raschem Entscheidungsdruck im Verhältnis zu den teilnehmenden NATO-Staaten auf in Wien Ausgemachtes zurückziehen könne und ob man wirklich auf über Österreich hinwegbrausende Objekte schießt. Und nicht unwesentlich, ob wir überhaupt in sämtliche NATO-Informationskanäle eingebunden werden (Stichwort Geheimdienstkooperation). Nach einer market-Umfrage gaben lediglich 50% der Befragten an, dass die kostenmäßig schwer abschätzbare Teilnahme an Sky Shield eine gute Entscheidung sei.

### Amtssitz

Seit den 1950ern ist eine aktive Amtssitzpolitik innenpolitisch quasi Konsens. Österreich beherbergt einen Sitz der UNO, einen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und gut 60 weitere internationale Organisationen. Österreich als Verhandlungsort wird innenpolitisch beinahe überschwänglich kultiviert. Gesamteuropäische Sicherheit ist die Idee und Zuständigkeit der 1975 in Helsinki noch als Konferenz zusammentretenden Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Außenminister Alexander Schallenberg spürte genau ein Jahr nach Beginn der laufenden Kriegsphase einen eisigen Gegenwind, als er die Visaerteilung an russische Diplomaten zu deren Teilnahme an der Parlamentarischen Versammlung verteidigte. Schallenberg führte rechtlich seine Verpflichtungen als Amtssitz der OSZE ins Feld. Politisch, dass Russland seine Isolierung vor Augen geführt werden soll. Das Argument: Gerade in besonders schwierigen Zeiten braucht es inkludierend wirkende Foren. Keine Illusionen, aber die kleine Lücke zum Dialog nützen. Dass die Neutralen nützlich sind, zeigte sich auch an der OSZE-Versammlung in Skopje im Dezember: während Österreich Beiträge zur Lösung bei der Bestellung des Spitzenpersonals leisten konnte, übernahm das neutrale Malta

überaus kurzfristig den OSZE-Vorsitz für 2024. Die „guten Dienste“ der Neutralen waren in Zeiten der Konfrontation für alle annehmbar.

### „Entkleidete“ Neutralität

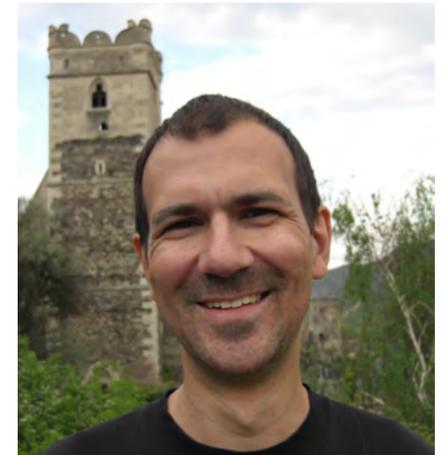
Österreich ist 1995 der EG beigetreten. Wenig später wurde innerhalb der Regierung aus Sozialdemokratie und Volkspartei eine intensive Debatte über den NATO-Beitritt geführt. Das Ergebnis: keine NATO, aber so gut wie alles, was die EU sicherheitspolitisch bietet. Ein Fachkollege scherzte in dieser Zeit: Österreich ist längst in der NATO, aber keiner hat's bemerkt.

Seither haben die verschiedenen Regierungsparteien viel Routine entwickelt, einen wesentlichen Teil militärischer und rüstungsindustrieller EU-Entwicklung reflexartig als neutralitätskompatibel zu deklarieren. Ohne das Neutralitätsgesetz zu ändern, wurde die Neutralität – um es mit dem Völkerrechtler Manfred Rotter zu sagen – in ihrer Prominenz „entkleidet“.

### Nützlicher Neutraler

„In Vielfalt geeint“, propagiert die EU. Die letzten Monate sind von einer Verengung der EU-Debatte auf Waffenlieferungen, neue Sanktionen und eigene Aufrüstung geprägt. Wertvoll ist der Neutrale dann, wenn er Dialog ermöglicht. Selbst in Zeiten des Kalten Krieges war Wien als Verhandlungsplatz akzeptiert.

Glaubwürdig ist der Neutrale, wenn er bei Solidarleistungen an UNO und OSZE deutlich über die unterste Richtschnur springt. Auch wenn das Armeebudget Österreichs massiv aufgestockt wird, regiert in der Außenpolitik der Sparefroh. Österreich hat nicht zuletzt deshalb seit dem EU-Beitritt nur vereinzelt politischen Geländegewinn erzielt. Durch aktive Neutralitätspolitik soll gestärkt werden, was die internationale Politik an Gewaltfreiem zu wenig hat, was übersehen wird oder wofür neben steigenden Militärbudgets kein Platz scheint.



Thomas Roithner: „Zentrale Ukraine-Friedensfahrpläne sehen ein Nachdenken über eine künftige gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur vor. Zivile Krisenprävention, Vertrauensbildung, Rüstungskontrolle oder das Klimaziel Frieden sind nur wenige Stichworte. Da ist Österreichs Beitrag wirklich gefragt.“ FOTO: PRIVAT

Wladimir Putin drohte mit Atomwaffen. Die Neutralen in der EU nehmen bei nuklearer Abrüstung eine besondere Rolle ein. Dies drückt sich heute nicht nur als aktives Engagement für den Atomwaffenverbotsvertrag durch Österreichs Diplomatie aus, sondern auch in Form einer aktiven Amtssitzpolitik (z.B. IAEA, CTBTO) und als Gastgeber von Verhandlungen (z.B. Iran-Gespräche, NewSTART).

Der Weg vom Verhandlungsort und Gastgeber zum Brückenbauer und Vermittler ist fordernd. Dafür fehlen auch die Voraussetzungen, u.a. verstärkte Expertise im Außenministerium und eine zu intensivierende Zusammenarbeit mit Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Dazu braucht Österreich eher eine Friedensstrategie als eine Sicherheitsstrategie.

Zentrale Ukraine-Friedensfahrpläne sehen ein Nachdenken über eine künftige gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur vor. Zivile Krisenprävention, Vertrauensbildung, Rüstungskontrolle oder das Klimaziel Frieden sind nur wenige Stichworte. Da ist Österreichs Beitrag wirklich gefragt.